

## Die Personalkontinuität an der Universität Potsdam

### A. Vorbemerkung

Die Gründung der UP war keine Neugründung „auf der grünen Wiese“, sondern sie integrierte Teile der drei zuvor in Potsdam bestehenden DDR Eliteinstitutionen. Diese Vorgehensweise war politisch von der Brandenburger Landesregierung gewünscht, die unter der Leitung von Ministerpräsident Stolpe (SPD) den sogenannten „Brandenburger Weg“ in der Personalpolitik verfolgte. Das Ziel dieser Politik war es, in den unsicheren Zeiten nach der deutschen Vereinigung, so viele Arbeitsplätze wie möglich zu erhalten. So wurden beispielsweise „soziale Grundrechte“ wie das „Recht auf Arbeit“ in die BRB Verfassung aufgenommen. Auch der für die UP zuständige Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK), Hinrich Enderlein (FDP), war diesem Politikziel verpflichtet.

Für die entstehende Universität hatte dies zwei Folgen: die Gründung wurde erheblich komplizierter als „normale“ Neugründungen, wie beispielsweise die der Universität Erfurt einige Jahre später.<sup>1</sup> Gleichzeitig brachte die Eingliederung der Vorgängereinrichtungen der Universität einen akademisch und finanziell unerwünschten Personalüberhang. Hier wurde der „Brandenburger Weg“, d.h. die Sicherung von Arbeitsplätzen, zum Problem. Obwohl per se durchaus legitim, so führte diese Politik jedoch dazu, dass auch mehr politisch belastete Mitarbeiter übernommen wurden als an anderen ostdeutschen Universitäten.<sup>2</sup>

Allerdings hatte es noch zu DDR-Zeiten wichtige Veränderungen in den Potsdamer Einrichtungen gegeben. Die Juristische Hochschule (JHS) zur Ausbildung leitender Kader der Staatssicherheit wurde bereits Ende 1989 abgewickelt. Nur eine verhältnismäßig kleine

---

<sup>1</sup> Auch in Erfurt befand sich eine in der DDR hochangesehene Pädagogische Hochschule. Sie wurde aber im Gegensatz zur Vorgehensweise in Potsdam erst einige Jahre nach der Universitätsgründung und auch nur zum Teil als Erziehungswissenschaftliche Fakultät in die Universität eingegliedert.

<sup>2</sup> Vgl. hierzu die Literatur. *Mayntz*, Renate (Hrsg.), *Aufbruch und Reform von Oben: Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess*, Frankfurt/Main 1994, für eine erste Übersicht der Entwicklung an den Universitäten Jena, Humboldt Universität Berlin, Rostock, Leipzig und Halle-Wittenberg. Doch fehlt ein Beitrag zur Gründung der UP. Die Darstellung von Einzelheiten der dortigen Vorgänge hätten der Einrichtung schaden können. So die Meinung des Gründungsbeauftragten Professor Rohe. (E-Mail seines damaligen Assistenten T. Korenke 16.2.2014).

Zu den anderen ostdeutschen Universitäten vgl. *von Hehl*, Ulrich, u.a.(Hrsg.), *Geschichte der Universität Leipzig, 1409–2009*. Band 3: Das 20. Jahrhundert 1909–2009, Leipzig 2010; *Jaraus*, Konrad, *Das Ringen um Erneuerung, 1985–2000*, in: *Jubiläumsgeschichte der Humboldt Universität Berlin*. Band 3, Berlin 2011; *Pasternack*, Peer, *Demokratische Erneuerung. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989–1995*. Mit zwei Fallstudien: Universität Leipzig und Humboldt-Universität zu Berlin, Weinheim 1999.

Zahl von nicht-wissenschaftlichen Mitarbeitern, bzw. Dozenten fanden sich später in der Universität wieder.<sup>3</sup>

Die prestigeträchtigste DDR- Eliteinstitution war zweifellos die Akademie für Staat und Recht (ASR) mit der Ausbildung der administrativen Führungskräfte und in ihr das Institut für Internationale Beziehungen (IIB) zu der von Diplomaten. Schon Anfang 1990 reformierte sich die ASR zur Hochschule für Recht und Verwaltung (HRV), unter Einschluss des IIB als „Politische Wissenschaften und Internationale Beziehungen.“ Man erstrebte die Bildung einer Verwaltungshochschule für Ostdeutschland, ähnlich der in Speyer für den Westen der Bundesrepublik, bei beträchtlicher Reduzierung und Verjüngung des Lehrkörpers.

Ebenfalls in Potsdam ansässig war mit der Pädagogischen Hochschule die größte Lehrerausbildungsstätte der DDR, die sich im September 1990 zur Brandenburgischen Landeshochschule (BLHS) zurückentwickelte. Sie hatte bereits in den Jahren 1948–1952 bestanden. Im Unterschied zu den PHs in Westdeutschland besaß sie das Recht zu Promotionen und Forschungsarbeiten, d.h. die BLHS hatte hochschulähnliche Strukturen. Die BLHS wurde Kern der UP.

## **B. Personelle Kontinuitäten in UP.**

Allen ostdeutschen Universitäten gemeinsam war das Problem der personellen Erneuerung, bzw. der Personalreduzierung.<sup>4</sup> Der Einigungsvertrag (EV) bot verschiedene Lösungen, wie die „Abwicklung“ d.h. Schließung ganzer oder Teile von Institutionen, bzw. Artikel 38 mit einer individuellen Prüfung des Personals oder die Ausführungsbestimmungen in Anlage I des EV, die für Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes eine auf zwei Jahre befristete erleichterte Kündigungsmöglichkeit vorsahen. Bei fehlender fachlicher Qualifikation, persönlicher Eignung, bzw. Identifikation mit der demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik bestand somit die Möglichkeit einer anderen Verwendung, bzw. der Entlassung. Die Mitgliedschaft in der, bzw. der Einsatz für die Stasi sollte ebenso gehandhabt werden. Nach Ende dieser besonderen Kündigungsmöglichkeiten im Dezember 1992 griff das in der Bundesrepublik geltende Arbeitsrecht mit seinem umfangreichen

---

<sup>3</sup> Besonders wichtig für die Universität war jedoch die Übernahme der MfS Liegenschaften in Golm, da sich die Gebäude am Neuen Palais in schlechtem baulichen Zustand befanden und zudem für die zukünftige Universität zu klein waren.

<sup>4</sup> B.Marshall, Die deutsche Vereinigung in Akademia: West- und Ostdeutsche im Gründungsprozess der Universität Potsdam 1990–1994. Berlin 2016, S. 58 passim für das Folgende.

Kündigungsschutz. Angesichts der Wichtigkeit dieses Datums ist es bemerkenswert, dass Brandenburg erst im Oktober 1992 ein Überleitungsgesetz verabschiedete.<sup>5</sup>

Schon im November 1990 hatte der Vertreter Brandenburgs auf einer Tagung der Kultusministerkonferenz (KMK) erklärt, dass sein Land – im Unterschied zum Ansatz der anderen ostdeutschen Länder – Personalreduzierungen prinzipiell ablehne, da das Land nicht abwickeln, sondern aufbauen müsse. Auch in der Behandlung der Gleichstellung von (ostdeutschen) Professoren des „alten“ Rechts mit den neuberufenen (westdeutschen) des „neuen“ Rechts setzte sich BRB für die Professoren des alten Rechts ein.<sup>6</sup> Damit vertat das Land in den Augen der KMK „eine einmalige, nur durch die besondere Situation der Einigung eröffnete Möglichkeit der Reduzierung des vorhandenen Personalbestands und damit der personellen Erneuerung der Hochschulen.“<sup>7</sup>

In der Folgezeit trug dieser Politikansatz beträchtlich zur Komplexität der Universitätsgründung bei, wobei die Ostdeutschen erfolgreich ihre Interessen verfolgen konnten. Dazu besetzten sie die wichtigsten Posten mit erfahrenen, gut vernetzten Professoren und MA. Noch in der BLHS zeigte sich dies an den Prorektoren, die der neue, gerade demokratisch zum Rektor der BLHS gewählte Rolf Mitzner, langjähriger Professor, bestimmte. Er nahm die Wahl nur unter der Voraussetzung an, dass die Prorektoren, die Professoren Badtke und Berndt.<sup>8</sup> gleichzeitig ihr Amt antreten konnten. Stellvertreter des Rektors und weiterer Prorektor wurde Gerhard Kempfer, wie Mitzner Professor der Chemie.<sup>9</sup> Er hatte bereits die Wahl Mitzners organisiert und wurde „die bestimmende Kraft an der Universität.“<sup>10</sup>

Die allgemeine Richtung der Entwicklung zeigte sich bereits in der Behandlung der Angehörigen der abgewickelten Bereiche, der HRV und der Sektion M/L der PHP. Einerseits

---

<sup>5</sup> Doch wurde die Frist bis zum Ende des Jahres 1993 verlängert. Brandenburg stimmte als einziges ostdeutsches Land im Bundesrat gegen diesen Beschluss.

<sup>6</sup> 264. Sitzung des Hochschulausschusses [der KMK] am 22./23.11.1990 in Bremen (BA DR 7/95) für das Folgende.

<sup>7</sup> Ebd., S. 3: „Ausführlich wurde die kooperationsrechtliche Stellung von Hochschullehrern bis zur Überleitung in Hochschulrahmengesetz Kategorien diskutiert. Die Mehrheit der Neuländer sprach sich für einen niedrigeren Status der bisherigen Hochschullehrer gegenüber nach dem HRG neuberufenen bzw. in den Altbundesländern berufenen Professoren aus, um Veränderungen möglichst wirksam durchsetzen zu können. Nur seitens Brandenburg wurde ein solches Herangehen aus grundsätzlichen Überlegungen heraus abgelehnt.“

<sup>8</sup> Badtke war in der DDR Leiter des Instituts für Sportmedizin.<sup>8</sup> Berndt war Mitglied der HS Kampfgruppen und vom Regime ausgezeichnete Leiter des Bereiches „Hochschulpädagogik“.

<sup>9</sup> In der PH Leiter der organischen Chemie, Direktor Forschung, stellvertretender Sektionsdirektor (Chemie/Biologie), Spezialgebiet Pestizide/Herbizide. Vorsitzender der Zentralen Fachkommission beim Ministerium für Volksbildung und beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. Vorsitzender der Hochschulsportgemeinschaft. Humboldtmedaille in Bronze 1977. „Verdienter Hochschullehrer des Volkes. Zahlreiche Industriepatente. Auslandskader“.

<sup>10</sup> Material Schütte.

wurden nur wenige HRV Juristen in die Anfang 1991 gebildete Juristische Fakultät der BLHS übernommen. Zwar führte das in der HRV zu „Politischen Wissenschaften“ entwickelte IIB die Politikwissenschaft in der BLHS fort, doch fanden sich nur eine kleinere Zahl der Wissenschaftler später in diesem Bereich und auch in der Universität.<sup>11</sup> Zwei Professoren waren zeitweise Lehrbeauftragte im FB Sozialwissenschaften.<sup>12</sup>

Weitaus zahlreicher waren jedoch die aus dem ebenfalls abgewickelten Bereich M/L der PH. Die Aufhebung der Lehrstühle des Bereichs Marxismus-Leninismus war vom letzten Kultusminister der DDR „als eine unumgängliche Maßnahme im Rahmen der demokratischen Erneuerung der DDR und der bevorstehenden Vereinigung der beiden deutschen Staaten“ verordnet worden.<sup>13</sup> In Potsdam hatte sich dieser Bereich bereits am 18.1.1990 in „Sektion Philosophie und Sozialwissenschaften“ umbenannt, jener nicht nur vom Minister beklagten „Etikettenschwindel.“<sup>14</sup> Für die aus diesem Bereich stammenden Hochschulangehörigen sollte es keine automatische Überführung in die neuen Bereiche geben. Vielmehr forderte der Minister die Universitäten auf, „die inhaltlich neu strukturierten Lehrstühle und Dozenten mir zur Bestätigung einzureichen, damit sie im Rahmen von Berufungen neu ausgeschrieben werden können ...“<sup>15</sup> Allerdings räumte er ein, dass „brauchbare Kapazitäten“ innerhalb der Professoren auf anderen Gebieten benutzt werden konnten. Wie an allen DDR-Hochschulen stellten daraufhin zahlreiche Potsdamer Professoren und Dozenten der Sektion den notwendigen Antrag auf Umberufung.<sup>16</sup> Die erste Übernahme in Potsdam war die des ehemaligen M/L-Sektionsleiters Professor Gloede und des Dozenten Petsche des Bereich bereits im September 1990 mit voller Unterstützung durch Rektor Mitzner. Trotz der Bedenken des Ministers – er verlangte die Vorlage unabhängiger

---

<sup>11</sup> Darunter waren jedoch politisch stark belastete Dozenten, die allerdings teilweise 1994 die Universität verlassen mussten. Auch gab es immer wieder Versuche, weitere ASR/HRV Mitglieder in der Universität unterzubringen. (s.u.).

<sup>12</sup> UP, Vorlesungs- und Personalverzeichnis. SS 1993. Stock und Montag. Professor Stock war Direktor des IIB. Die ostdeutschen Vertreter im GS, insbesondere Dr. Krüger, versuchten, eine zusätzliche C4 Professur für Sozial- und Kulturgeographie mit dem Schwerpunkt Migrationsforschung zu erreichen. Auch das MWFK „sagte seine volle Unterstützung zu.“ Doch war der dafür vorgesehene Kandidat, ein Professor für Außenpolitik des IIB (Professor Montag) weder fachlich geeignet, noch politisch unbelastet genug um auf diesen Lehrstuhl berufen zu werden. GS 3./4.12 1992 (UAP 13753). Die relativ kleine Anzahl der aus der HRV übernommenen Wissenschaftler erklärt sich aus deren bereits stattgefundenen Selbstreform, die zum Ausschluss zahlreicher fachlich numehr ungeeigneter, bzw. nicht mehr benötigten Professoren und Dozenten geführt hatte, bzw. als Folge einer rigorosen Evaluierung.

<sup>13</sup> Minister Meyer an die Universitäts- und Hochschulleitungen, 23.5.1990 (BA DR 4/728).

<sup>14</sup> Ebd. Die betroffenen Lehrstühle wurden wie folgt umbenannt: Marxistische Ethik – Ethik; Marxistisch-leninistische Philosophie – Philosophie; Politische Ökonomie – Wirtschaftstheorie; Geschichte der Arbeiterbewegung – Soziologie; Wissenschaftlicher Sozialismus – Politikwissenschaften. Das Institut für marxistisch-leninistische Sprachtheorie wurde zum Institut für Sprachtheorie. Das Industrieinstitut sollte einer zukünftigen Sektion/Fakultät Wirtschaftswissenschaften zugeschlagen werden.

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> BA DR 4/733.

Gutachten – fand die Übernahme später gleichwohl statt. Gloede tauchte bereits im Mai 1991 als engagierter Vertreter der kapitalistischen Marktwirtschaft auf und arbeitete bis zu seiner Emeritierung im Jahre 2001 als Professor für „Regionalwirtschaft“ in der Universität.<sup>17</sup>

Dozent Petsche war lange Jahre Philosophiedozent im Bereich Sozialwissenschaften.

Andere Ex-M/Ler fanden sich u.a. in der Verwaltung oder im Bereich „Politische Bildung“ wieder. (s.u.)

Die PH/BLHS als Ganzes waren personell sehr großzügig ausgestattet, wie schon der vormalige Rektor Gzik im Februar 1990 dargelegt hatte.<sup>18</sup> Eine erste Aufgabe von Rektor Mitzner war es daher, den Lehrkörper allmählich den im Westen der Republik üblichen Verhältnissen anzupassen, d.h. die Zahl der von der alten PH übernommenen, aus sachlichen und politischen Gründen in Zukunft für eine Weiterbeschäftigung in der BLHS ungeeigneten Professoren zu reduzieren. Dabei verfolgte er von Anfang an den geschilderten „Brandenburger Weg.“ So konnte er seit Oktober 1990 zahlreiche Professoren nach Gesprächen mit ihm dazu bewegen, in den Vorruhestand zu gehen. Er setzte sich mit Konsequenz ein, „zu ändern, was geändert werden muss, aber in jedem Fall unter der Beachtung der Person.“<sup>19</sup> Auch war die Personalreduzierung unterschiedlich in den verschiedenen Fakultäten. So verloren die Naturwissenschaften, die allgemein als weniger politisch belastet galten, nur einen ohnehin unbeliebten Professor.<sup>20</sup>

Das zuständige MWFK kam diesem Ansatz zuhelfe. Zwar veranlasste die Landesregierung im Frühjahr 1991 – auch aufgrund von Empfehlungen der KMK – eine systematische Überprüfung des gesamten Personals der BLHS,<sup>21</sup> doch erließ das Ministerium keine Anweisung zu ihrer Ausführung. Die HS bildete daher interne Kommissionen.<sup>22</sup>

---

<sup>17</sup> Neben seiner politischen Belastung war es auch seine akademische Qualifikation für diesen Posten, die von Kritikern immer wieder hinterfragt wurde. (Siehe z.B. „Das Ende vom Anfang. Neugründung oder Versorgung: Die UP.“ FAZ 15.11.1993).

<sup>18</sup> So war das Verhältnis von Studenten per wissenschaftlichem Personal 4,7:1 gegenüber 20, bzw. 22:1 in der Bundesrepublik. (A. Gzik, Referat „Zum Stand der Reformprozesse an der PH ‘Karl Liebknecht.’ in Potsdam.“ 22. Konzil, 26.2.1990. Broschiert, S. 25.

<sup>19</sup> Mitzner Interview, MAZ 10.6.1991. Genaue Zahlen sind nicht erhältlich.

<sup>20</sup> Es handelte sich um einen erst im Herbst 1989 eingesetzten Institutsdirektor, der in Moskau studiert und als Physikprofessor keine Anerkennung gefunden hatte. „Sonst ist in der Physik nichts passiert.“ (Interview Albrecht). Für die restlichen Fakultäten fehlen genaue Angaben.

<sup>21</sup> *Görtemaker*, 1995, S. 17.

<sup>22</sup> Bestehend aus 9 Personen: 2–3 Professoren aus dem Westen, 2 aus dem Osten; den Rest bildeten Potsdamer Kollegen, sowie ein Vertreter des Mittelbaus. Von Anfang an drängte sich für Beobachter der Eindruck auf, dass sich mit dieser „internen“ Verfahrensweise und der Zusammensetzung der Kommissionen – deren Mitglieder zudem noch von den zu Evaluierenden selbst vorgeschlagen werden konnten – nicht nur die Möglichkeit von „Gefälligkeitsgutachten“ durch alte Kollegen ergab, die vielleicht selbst politisch belastet waren; auch konnten weder Verfahren noch Ergebnisse von neutraler Stelle überprüft werden. Hinzu kam, dass die Ergebnisse von dem ebenfalls selbst zu evaluierenden Rektor und dem zwangsläufig „fachinkompetenten“ Minister bestätigt wurden. Zwar konnten die Betroffenen gegen die Zusammensetzung der Kommissionen

Beobachter kamen schon früh zu dem Schluss, dass obwohl die Kommissionen in einzelnen Fachbereichen gründlich gearbeitet hatten, „... die fachliche Evaluierung insgesamt ..weitgehend ungenügend [war].“ Die Vorgehensweise in Potsdam unterschied sich auch stark von den Verfahren anderer ostdeutschen Universitäten wie beispielsweise Leipzig in der Sorgfalt, mit der unabhängige Kommissionsmitglieder ausgewählt wurden und in der Transparenz der Verfahren bei der Prüfung jedes einzelnen Falles.<sup>23</sup>

Wie wenig man an einer sorgfältigen Arbeit interessiert war, zeigte sich auch in den – im Gegensatz zu den Praktiken der anderen ostdeutschen Universitäten – unrealistisch kurzen Bearbeitungszeiten. Denn in Potsdam sollten die Überprüfung aller Professoren und Dozenten bereits bis Ende April 1991 abgeschlossen werden,<sup>24</sup> was zwar erst Ende Mai gelang. 123 wurden überprüft, von denen 16 negativ evaluiert wurden. Die große Mehrzahl der HS Angehörigen verblieben somit auf ihren Posten.<sup>25</sup>

Auch das Brandenburger Hochschulgesetz – die Voraussetzung für die Universitätsgründung - wurde im Juni 1991 schnell durch den Landtag verabschiedet.<sup>26</sup> Es sicherte der UP möglichst weitgehende Autonomie zu.

Am 15.7.1991 wurde die Universität durch eine ministerielle Ordnungsentscheidung gegründet. Minister Enderlein ernannte Professor Mitzner zum Rektor, wobei bereits ernannte westdeutsche Gründungsbeauftragte für den akademischen Aufbau der Hochschule verantwortlich wurden. Die Organisation der Universität blieb jedoch weitgehend in ostdeutscher Hand: die Universitätsleitung und die Verwaltung.

Die Verwaltung als Ganzes ging ohne Evaluierung von der BLHS in die der UP über. Hier herrschte daher völlige Kontinuität. Obwohl mit der Ernennung von Kanzler Prüss am 2.5.1991, ein erfahrener westdeutscher Beamte an die Spitze der Verwaltung trat, so blieb der PH/BLHS Verwaltungsdirektor Pohl<sup>27</sup> zunächst im Amt und wurde dessen Stellvertreter. Gleichzeitig war Pohl Dezernent für Betriebstechnik der UP. Auch in den anderen Dezernaten bestand weitgehend Kontinuität.<sup>28</sup>

---

protestieren, doch wagte dies in der Praxis niemand, weil sonst der Arbeitsplatz gefährdet war. (Professor Schütte –Rektor Mitzner, 31.3.1991. Material Schütte).

<sup>23</sup> König, 2010, S. 801 passim.

<sup>24</sup> Ebd., S. 18 Für Leipzig siehe von Hehl u.a., 2010.

<sup>25</sup> Diese ersten Evaluierungen waren insofern besonders wichtig, weil sie im Laufe der weiteren Entwicklung der Universität immer als „besonders sorgfältig“ bezeichnet wurden, sodass ihre Ergebnisse später nicht hinterfragt werden konnten, was wiederum den alte ostdeutschen Besitzstand schützte.

<sup>26</sup> Hier unterschied sich Brandenburg wiederum von den anderen ostdeutschen Ländern, die erst nach längerer Vorbereitung ein solches Gesetz erließen.

<sup>27</sup> Zu DDR-Zeiten war er Mitglied der HS Parteileitung, bzw. der „Kampfgruppe der PHP“. In den Jahren 1977–85 war er Leiter des wissenschaftlich-technischen Zentrums, ab 1985 Verwaltungsdirektor.

<sup>28</sup> So beispielsweise im Dezernat 2 – Akademische und Studentische Angelegenheiten –Frau Dr. Fredersdorf ,

Gleichzeitig war die Verwaltung, wie erwähnt, auch Auffangbecken für Angehörige des abgewickelten M/L Bereichs der PH. Dort nahmen sie teilweise relativ einflussreiche Positionen ein, wie beispielsweise Dr. Norbert Richter,<sup>29</sup> der im Dezernat 1 (Planung, Organisation) 1991 Koordinator der für die ostdeutschen MA so wichtigen ABM-Maßnahmen wurde. Er konnte u.a. der als m/l Dozentin entlassenen A. Zapf eine ABM-Stelle verschaffen, bevor sie Gleichstellungsbeauftragte der Universität wurde (s.u.).<sup>30</sup>

Allgemein war die personelle Kontinuität in der Verwaltung nachvollziehbar, handelte es sich hier doch – bei aller Verbundenheit mit dem vormaligen Regime – um „wertfreie“ Experten. Doch hatte die Verwaltung beträchtlichen Einfluss auf den Gang der Universitätsgeschäfte. So wuchs beispielsweise im Gründungssenat (GS) der Frust über ihre Arbeit.<sup>31</sup> Klagen über nicht veröffentlichte Berufungsausschreibungen finden sich bereits bei den ersten Berufungen im Herbst 1991. Hier handelte es sich um Berufungen auf Posten, von denen eine Bedrohung ostdeutscher Arbeitsstellen zu erwarten war.

Rektor Mitzner hatte jedoch den maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung der UP: Er war das „Scharnier“ zwischen ostdeutschen Mitarbeitern und dem entstehenden, mehrheitlich westdeutschen GS, bzw. den zu berufenden westdeutschen Professoren. Auch der GS zeigte wichtige ostdeutsche Kontinuitäten. Obwohl von den 13 ursprünglichen Mitgliedern des GS nur drei Ostdeutsche waren, erwies sich deren Auswahl jedoch bedeutsam: Prorektor Kempfer,<sup>32</sup> der, wie erwähnt, diese Funktion schon an der BLHS hatte, sowie Dr. B. Krüger als Vertreterin des MB<sup>33</sup> und Professor Kujawa<sup>34</sup> als Repräsentant der für die UP so wichtigen außeruniversitären Institute. Hinzu kamen die Vertreterin der Studenten, S. Demmler, bzw. ab 1992 A. Fraatz. Ab 1992 wurde der GS erweitert durch einen zweiten Vertreter des MB, Dr. H. Schmidt<sup>35</sup>, und einen zweiten studentischen Vertreter, stud.rer.nat.

---

jetzt als Leiterin des Sachgebiets Studienberatung etc. In der DDR auch GMS „Ellen“ des MfS, 1980–83 (BstU Archiv Reg. Nr. 128/83. Material Halt).

<sup>29</sup> Dozent für M/L Philosophie. Bis Juli 1987 für drei Jahre 1. Sekretär der FDJ-HS Parteileitung. Vorbereitung der B-Aspirantur an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. (Material Schütte).

<sup>30</sup> Im Dezernat 2 war Dr. Ulrich Hunger (ebenfalls ex M/L) als Mitarbeiter des „Akademischen Auslandsamts“ für die Zulassung ausländischer Studienbewerber zuständig.

<sup>31</sup> „Wir Westler [hatten] nicht damit gerechnet, dass Entscheidungen einfach nicht umgesetzt würden. Wir haben uns gewundert, dass alles so schön durchlief, und wenn dann die nächste Sitzung kam, [stellte sich heraus] dass Beschlüsse nicht durchgeführt worden waren.“ (Edelstein-Professor Rohe, Fachbereich Sozialwissenschaft Potsdam, 8. 7. 1992 (Material Rauh). So auch Professor Grawert im Interview, 23.11.2011).

<sup>32</sup> Siehe Fn. 9.

<sup>33</sup> Wissenschaftliche MA am Institut für Literaturwissenschaft, FB Germanistik. Sie vertrat die Interessen des MB sehr geschickt und trat auch mehrmals im Brandenburger LT als Sprecherin auf.

<sup>34</sup> Professor Dr. Manfred Kujawa, in der DDR Direktor des Institut für Ernährungsforschung in Rehbrücke, in dem wichtige Forschungen zu Dopingprojekten u.a. der Stasi und des DDR-Sports stattgefunden hatten. Er war jetzt Direktor des Fraunhofer-Institut für Umwelchemie und Ökotoxikologie Potsdam.

<sup>35</sup> Wissenschaftlicher MA am Physikalischen Institut, in dem auch der Vorsitzende des Personalrats, F. Albrecht, beschäftigt war.

Wolfram Meyerhöfer. Alle ostdeutschen Mitglieder im GS waren ausgewiesene politische Aktivisten des früheren Regimes. Der Student Meyerhöfer hatte beispielsweise seinen Wehrdienst im Elitebataillon „Dzerschinsky“ geleistet.<sup>36</sup> Somit hatten die Ostdeutschen politisch und strategisch erfahrene Weggenossen ausgewählt, die in der Folgezeit ostdeutsche Belange äußerst geschickt verteidigten, einer der Gründe für die beträchtliche personelle Kontinuität an der UP.

Interessant waren in diesem Zusammenhang auch die Ernennungen auf zwei neue Posten in der Universität: der der Gleichstellungsbeauftragten und des Datenschutzbeauftragten.

Die Gleichstellungsbeauftragte, Antje Zapf war am Tag der M/L Auflösung im Sommer 1990 wegen „erhebliche SED Tätigkeit“ von ihrem Dienst als Dozentin für m/l Philosophie entlassen worden.<sup>37</sup> Nun konnte sie von einer befristeten ABM-Stelle in eine feste Anstellung als Gleichstellungsbeauftragte wechseln. Als solche hatte sie Zugang zu allen Gremien wie beispielsweise dem GS und den Berufungskommissionen und hatte daher einen genauen Überblick über die Stellenpläne der verschiedenen Gremien. Gleichzeitig war sie, gemeinsam mit Dr. B. Krüger (GS) wortreiche Verfechterin der Interessen des MB im Brandenburger Landtag.<sup>38</sup>

Zum Datenschutzbeauftragten der UP wurde der im Dezernat 1: Planung, Organisation, Forschungsförderung, Datenverarbeitung angesiedelte Dr. Rolf Zander vom FB Primarstufe im Institut für Lehrerbildung der PH berufen.<sup>39</sup> Seit Mitte 1991 war er bereits Mitglied des Personalrats der UP und als solcher ebenfalls ausgezeichnet bei den ostdeutschen Mitarbeitern vernetzt. Seine Aufgabe als Datenschutzbeauftragten war es, zu verhindern, dass eventuell personenschädliche Informationen an die Öffentlichkeit gelangten.

Ein weiterer Bereich, in dem ex M/Ler eine neue „Heimat“ fanden, war der der „Politischen Bildung“ in der Sozialwissenschaftlichen Fakultät. Hier hatte sein damaliger Leiter, der Westdeutsche B. Muszynski, bereits in der HRV die Mitglieder des vormaligen IIB bei der Gründung der „Politischen Wissenschaften“ beraten. Er wurde im September 1990 auf den Lehrstuhl „Politische Theorie“ berufen.<sup>40</sup>

---

<sup>36</sup> Interview 1.7.2013.

<sup>37</sup> Diskussionspapier zu den Problemen der UP, 3.5.1993

<sup>38</sup> Sie ist noch heute Lehrbeauftragte am Lehrstuhl für Politische Bildung der Universität 2012 war sie auch im Prüfungsausschuss für Sozialwissenschaften tätig (Methoden der empirischen Sozialforschung).

<sup>39</sup> UAP Ordner ‚GS‘. Das Institut für Lehrerbildung der PH hatte den Ruf der politisch besonderen Lininetreue. (Material Schütte). Der UP-Posten war dem Kanzler unterstellt. Ihm war es möglicherweise zuzuschreiben, dass die relevanten Akten in den Archiven sorgfältig „gesäubert“ erscheinen, bzw. nicht auffindbar sind.

<sup>40</sup> (HRV, Sektion Politische Wissenschaften und Internationale Beziehungen. Beschlussprotokoll der Beratung des Direktors mit den Lehrstuhlleitern am 5.9.1990. (UAP 13457).



Die Anstellung von Dr. Rosemarie Naumann in diesem Bereich zeigt den nicht untypischen Werdegang der m/l Angehörigen: zunächst wissenschaftliche/akademische Mitarbeiterin an der Professur Allgemeine Soziologie in der Sozialwissenschaftlichen Fakultät, seit 1994 an der Professur Didaktik für politische Bildung, bzw. heute am Lehrstuhl für Politische Bildung.<sup>41</sup> Besonders interessant war auch die bereits erwähnt Antje Zapf.

Auch die Übernahme der Professoren zeigt im Vergleich mit anderen ostdeutschen Universitäten eine beträchtliche Großzügigkeit. Hier stellten 39 von 46 den entsprechenden Antrag, von denen 33 - davon 24 auf C4 Stellen - übergeleitet wurden, d.h. 73%. Die Zahl für die anderen ostdeutschen Universitäten ist mit um die 50%\_bedeutend geringer. Unter den an UP übergeleiteten Professoren befanden sich vormalige Sektionsdirektoren u.a. in Germanistik (Werner Rieck, Stellv. Kurt Kiesant, im Januar 1990 noch Prorektor für Lehre der PH), Anglistik (Wicht), Sport (Philipp), Pädagogik (Thiem, Stellv. Wyschkon), Psychologie (Franz) und Informatik (Wedel).

Die Folge dieser Personalkontinuitäten war nicht nur das Bild der Universität als einer Einrichtung, an der die alten Kader prächtig überlebten.<sup>42</sup> Sie führte vor allem, wie erwähnt, zu einem beträchtlichen Personalüberhang, wie die folgenden Zahlen zeigen:

	Prof/Doz	wiss. Mitarbeiter	nicht-wiss. Mitarbeiter	insgesamt
WS 1990/91	145	673	910	
				1.728
(davon HRV)	( 39)	(97)	(253)	
				(389)
<hr/>				
WS 1991/2	91	540	524	
				1.155
WS 1992/3	109	496	544	
				1.149
WS93/4	147	499	586	
				1.232

(Quelle: Rechenschaftsbericht des Gründungssenats, Potsdam 1994, S. 125)

<sup>41</sup> Material Korenke. Er war wissenschaftlicher Assistent des Gründungsbeauftragten Professor Rohe und führte 1993 eine Reihe Interviews durch, die er der Autorin zur Verfügung stellte.

<sup>42</sup> So die Berichterstattung in der Presse. „Das Ende vom Anfang. Neugründung oder Versorgung: Die UP.“ (FAZ 15.11.1993; „Glaube an den Neuanfang fällt schwer“ (MAZ 15.11.1993) oder „Hochschule für Parteisenioren? Die Universität Potsdam leidet unter ihrer Erblast an DDR-Professoren“ (FAZ 1.10.1993).

Auch der Vergleich mit anderen Universitäten, besonders auch mit der HU Berlin, einer weitaus größeren Hochschule, die sich wie Potsdam im Um-/Aufbau befand, ist aufschlussreich:<sup>43</sup>

	Düsseldorf	Siegen	Potsdam	HU Berlin
Studenten_	12 755	12.517	7012	20.514
Profs/Doz.	159	221	263	403
Wiss. Mitarbeiter___	377	351	632	309
Nicht-wiss. Mitarb.	869	540	1.263	1.024

Die Reduzierung dieser disproportionalen Zahlen wurde aus akademischen und landespolitischen Gründen eine Notwendigkeit, doch brachten die Versuche, dies zu erreichen der Universität eine Phase großer Unsicherheit, bzw. chaotischer Zustände. Denn die Zielsetzung war mit einer Bewahrung von Arbeitsplätzen nicht zu vereinbaren. Nicht hilfreich für die Universität war hier der Spagat der Landesregierung und des MWFK, die beide Ziele anstrebten. Letztlich setzte sich jedoch der „Brandenburger Weg“ durch.

Besonders umstritten war die Situation des Mittelbaus, dem eigentlichen Personalproblem der Universität. Die Schwierigkeit hier war sein unterschiedlicher Status in den Wissenschaftssystemen der DDR und der BRD. So bildeten in den ostdeutschen HSen auf Lebenszeit angestellte, nur der Lehre verpflichtete Dozenten den MB. In der nun nach westdeutschem Muster entstehenden Universität sollte der MB jedoch, wie im Westen üblich, zahlenmäßig kleiner, auf Zeit angestellt und hauptsächlich auf Forschung orientiert sein. Ein weiterer Streitpunkt war das Verhältnis von befristeten und unbefristeten Stellen im MB.

So herrschte von Anfang an „beträchtliche Unruhe“ im MB.<sup>44</sup> Doch hatte sich die Landesregierung, wie erwähnt, in der Personalpolitik der Universität für einen „behutsamen Weg“ entschieden.<sup>45</sup> Das ermutigte wiederum den in der Zwischenzeit hervorragend organisierten Mittelbau, der, wie dargestellt, von politisch erfahrenen Ostdeutschen geleitet und auch von der westdeutschen Gewerkschaft GEW zielstrebig unterstützt wurde. So vertraten Angehörige der GEW „sehr effizient und eloquent“ die Interessen des Mittelbaus.<sup>46</sup>

<sup>43</sup> Neidhart, in: Mayntz, S. 58f.

<sup>44</sup> Auf einer Veranstaltung am 9.11.1991 beruhigte Minister Enderlein die Betroffenen mit dem Hinweis, dass das Ministerium die Entlassungen auf ein Minimum beschränken und dass diese sozialverträglich ausgeführt würden. (Bericht in PUTZ, 19/1991).

<sup>45</sup> GS 21./22.11.1991 T/O Punkt 7/2 (UAP 13749). Gleichzeitig Befragung Gauckbehörde abgeschafft.

<sup>46</sup> Interview Grawert.

Gleichzeitig musste auch die Grundordnung (GO) der UP erarbeitet werden. Diese war jedoch ohne die Feststellung des endgültigen Stellenbedarfs der Einrichtung nicht zu bekommen. Hier geriet die UP von zwei Seiten immer stärker unter Druck: durch die Forderungen der Landesregierung, einen Stellenabbau von mindestens 150 zu erreichen, bzw. durch den MB, ihre Arbeitsplätze zu schützen. Die ursprüngliche Evaluierung der Angehörigen des MB auf ihre Eignung zur Weiterbeschäftigung geriet immer mehr zu einem Kampf um Stellen. Die Vertreterin des MB, Dr. Krüger, konnte in einer Sitzung des GS am 12./13.6.1992 diese Widersprüchlichkeit der offiziellen UP Position genüsslich ausnutzen.<sup>47</sup> Die Situation war so verfahren, dass der Überleitungsbeauftragte der Universität, Professor Grawert, im September 1992 genervt von seinem Posten zurücktrat, vor allem weil der Minister ihn in dieser Kontroverse nicht genügend unterstützte. Seine Funktion übernahm eine interne Kommission unter Professor Kempfer.

Das pragmatische „Sich-Durchwursteln, mit der die Leitung der UP aber auch das MWFK versucht hatten, eine wissenschaftlich anspruchsvolle Universität ohne Personalverlust aufzubauen – bei der gleichzeitigen offiziellen Absicht, das Personal reduzieren zu wollen - war an seine Grenzen gestoßen. Die Verzögerungen der Strukturentscheidungen durch das MWFK und auch das Vorgehen der UP Leitung brachten letztlich besonders den GS in eine schwierige Situation.

Das Ergebnis der Bedarfsfeststellung für 499 Mitarbeiter war die Zuordnungsempfehlung in 401 Fällen; 98 konnten nicht in den Struktur- und Stellenplan der UP eingeordnet werden. Eine Kündigung war für 16 von ihnen aufgrund auslaufender Dienstverhältnisse nicht mehr nötig. Für 75 Mitarbeiter war dagegen ein Bedarfskündigungsverfahren zu beantragen.<sup>48</sup> Weitere 7 Mitarbeiter, „die keiner Stelle zugeordnet werden können, [hatten] jedoch [das Recht], erweiterten Kündigungsschutz [zu] beanspruchen.“<sup>49</sup> Diese Ergebnisse wurden vom GS in seinen Sitzungen am 15.10. und 26.10.1993 bestätigt.<sup>50</sup>

In den meisten Fachbereichen blieb der alte Mittelbau somit auf seinen Posten. Er ist zum großen Teil noch heute an der UP vorhanden. Zweifellos waren darunter viele fachlich kompetent. Allgemein kann man jedoch der vielleicht überspitzten Formulierung eines kritischen Beobachters zustimmen: „Der Entwurf der Brandenburger Überleitungen folgt ....

---

<sup>47</sup> GS 12./13.6.1992(UAP13750). *Görtemaker*, 1995, Anlage 25. Für die Einzelheiten dieser Vorgänge siehe B. Marshall, wie Fn. 4, S. 129.

<sup>48</sup> Siehe *Görtemaker*, 1995, S. 37. Die Ergebnisse dieser Bedarfskündigungen sind nicht bekannt.

<sup>49</sup> Ebd. Anlage 27. Ergebnis der Bedarfsfeststellung für die Mitarbeiter des akademischen Mittelbaus in Vorbereitung der Überleitung nach Para 106a des BHG.

<sup>50</sup> Ebd.

der [allgemeinen] Tendenz. Die Zusammensetzung der darin geforderten Gutachter-Kommissionen zur Evaluierung des Mittelbaus wird wiederum von den Fachbereichen vorgeschlagen. Die Autonomie [der HS] dient damit erneut dem Vorwand, hinter dem die alten SED-Strukturen sich erneuern können ... Das aber wird trotz einiger Wechsel im Bereich der Hochschullehrer bedeuten: Die alte Landeshochschule entsteht neu! Nur der Name wechselt.“<sup>51</sup>

Wie schwierig die Frage des Mittelbaus blieb, drückte sich nochmals in der Gründungskonzeption der Universität aus, die sich nur allgemein festhielt: „Soweit Empfehlungen des Wissenschaftsrats zum Mindest- und Normalbedarf für wissenschaftliches und nichtwissenschaftliches Personal vorlagen, wurden diese hinzugezogen und entsprechend den konkreten Bedingungen an der Universität Potsdam berücksichtigt.... Ein möglichst hoher Anteil an befristet zu besetzenden Stellen ... wurde angestrebt.“<sup>52</sup>

Die an sich schon komplizierte Überleitung des MB wurde durch die gleichzeitig durchzuführenden politischen Evaluierungen noch komplexer. Auch hier zeigten sich Widersprüchlichkeit in den Anweisungen des MWFK. Hatte das Ministerium noch im Juni 1991 der BLHS den Beschluss mitgeteilt, dass eine „flächendeckende Überprüfung aller Hochschullehrer durch die Behörde Gauck“ stattfinden würde,<sup>53</sup> so fasste der GS der UP in seiner Sitzung im Oktober 1991 einen Beschluss, der nur mit Zustimmung des Ministerium hatte erfolgen können, nämlich den folgenden Satz aus dem Protokoll GS Sitzung vom September zu *streichen*: „Seite 6, Abs. 5, dass das Personal des Mittelbaus in den Öffentlichen Dienst übernommen wird, wenn keine informelle Tätigkeit für die Stasi ausgeübt wurde.“<sup>54</sup> Im November wurde die Befragung der Gauckbehörde ganz abgeschafft.<sup>55</sup>

Die Aufarbeitung der politischen Vergangenheit war somit für die UP nicht besonders dringlich. Demgegenüber stand die beträchtliche Zahl nicht nur der Stasiangehörigen, sondern auch der leitenden Kader der SED, die den Alltag der PH bzw. der ASR völlig dominiert hatten. In der ASR gehörten nur 5% der Mitarbeiter nicht der SED an, sondern deren Blockparteien oder waren parteilos.<sup>56</sup> Am IIB gab es einen speziell für diese Institution

---

<sup>51</sup> Schütte, 22.6.1992 (Material Schütte).

<sup>52</sup> Universität Potsdam, „Gründungskonzeption der Universität Potsdam.“ Rechenschaftsbericht des Gründungssenats 1991–1993, Potsdam 1994, S. 123.

<sup>53</sup> BLHS Rektorat, Dienstberatung mit den Geschäftsführenden Direktoren der Fachbereiche/Institute und Leitern der selbstständigen Bereiche, 14.6.1991. (UAP 12166).

<sup>54</sup> GS Sitzungsprotokoll 3./4.10.1991 mit Bezug auf Protokoll der Sitzung am 2./3.9.1991. (UAP 13749).

<sup>55</sup> GS Beschlussprotokoll 21./22.11.1991: Punkt TO 7.2, ebd.

<sup>56</sup> Jacobsen, Sven Olaf., Von der deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“ zur

verantwortlichen Stasi-Mitarbeiter. Auch an der Pädagogischen Hochschule herrschte die „Vierfältigkeit aus Staat, Partei, Gewerkschaft und dem PH Rektorat.“<sup>57</sup>

Dies erklärt möglicherweise die Schwierigkeit der UP mit dem vom EV geforderten Vorgehen gegen eine mögliche Verbindung mit dem MfS. Auch hier wurden – bei wiederum fehlenden ministeriellen Anweisungen – Einzelfallprüfungen durchgeführt, wobei auch langjährige Arbeit im Parteiapparat besonders sorgfältig geprüft werden sollte.<sup>58</sup> Gleichzeitig wiederholte das MWFK nochmals die Notwendigkeit, die Institution auf vormalige Mitarbeit beim MfS zu überprüfen.<sup>59</sup> Die von der Universität zusammengestellten Listen mit den Angaben von 126 der zu überprüfenden Personen – eine ohnehin schon bemerkenswert geringe Zahl, denn sie sollte die Summe der zu diesem Zeitpunkt an der UP tätigen Hochschullehrer, Dozenten und Leiter der Verwaltung, sowie allen Mitarbeitern des Personaldezernats bilden – wurde am 17.2.1992 beim Ministerium eingereicht, aber lange dort nicht bearbeitet, was letztlich auch den beginnenden Überleitungsprozess behinderte, für den der Abschluss der Personalüberprüfungen „unabdingbar“ war.<sup>60</sup>

Am 22.12.1992 wurde dem MWFK schließlich die Liste mit den Namen aller 495 wissenschaftlichen Mitarbeiter übergeben, zu einem Zeitpunkt also, zu dem sich der GS um die Gesamtstruktur der UP bemühte. Wiederum reagierte das Ministerium mit erheblicher Verzögerung erst Anfang 1994. Im Juli 1994 entdeckte man, dass das Ministerium für manche Gruppen – insgesamt 1186 Personen – noch gar keine Anträge bei der Gauckbehörde gestellt hatte. Daraufhin beschlossen einige Mitarbeiter der UP und des MWFKs nunmehr, „in engem Schulterschluss“ zwischen den beiden Einrichtungen zu handeln.<sup>61</sup> Man hoffte, die Überprüfung der Professoren durch die Gauckbehörde bis Frühjahr 1995, die der

---

Juristischen Fakultät der Universität Potsdam. Zur Wissenschaftsgeschichte der Wendezeit. Berlin 2006, S.170.

<sup>57</sup> Interview Gzik 2.8.2011.

<sup>58</sup> Görtemaker, 1995, S. 31, Anlage 18.

<sup>59</sup> Die folgende Darstellung stützt sich auf diese Dokumentation, die insgesamt zu einem kritischen Urteil über das Ministerium kommt.

<sup>60</sup> Görtemaker, 1995, S. 26, Anlage 11. Wie mager die Ergebnisse der politischen Evaluierungen zu diesem Zeitpunkt waren, zeigte sich beispielsweise darin, „dass man [in den Berufungskommissionen] den politischen Hintergrund nur durch Zufall erfuhr.“ Auf der Vorschlagsliste für einen LS „Englische Literatur (Renaissance 17. und 18. Jahrhundert)“ erschien ein Dr. sc Thomas Sorge von der HU auf Platz 2. „... bevor über die Liste abgestimmt wurde, informierte Professor Rauh den GS über die politische Vergangenheit des auf Nummer 2 Gesetzten ... und verlas seinen Brief an die Vorsitzende der Berufungskommission.“ Der GS folgte in der Abstimmung mehrheitlich dem Vorschlag des GS, Herrn Dr. Sorge ersatzlos von der Liste zu streichen. (2 Professoren und die Studentenvertreterin enthielten sich der Stimme). Siehe auch den internen Kommentar, im MWFK vom 14.8.1992: „Politisch dubiose Leute [an der UP], ... die Tatsache der Tätigkeit für das MfS ist nur ans Licht gekommen, weil ein ministerieller Beobachter in der Berufungskommission anwesend war.“

<sup>61</sup> Ebd., S. 31, Anlage 18. Im Anschluss an dieses Gespräch wurden fünf Ordner mit den Gesamtlisten von Professor Görtemaker und MWFK-Referatsleiter Brandt persönlich der Gauckbehörde übergeben.

wissenschaftlichen Mitarbeiter bis Ende 1995 und die des nichtwissenschaftlichen Personals bis Ende 1996 abschließen zu können.

Zum 31. Januar 1995 hatten die Überprüfungen folgenden Stand erreicht:<sup>62</sup> In der Gruppe der Professoren waren insgesamt 197 Anträge eingereicht worden, für die bis zum obigen Stichtag die Befunde für 122 vorlagen. Von ihnen waren 16 inzwischen aus dem Dienst der UP ausgeschieden. Bei den wissenschaftlichen Mitarbeiter wurden 739 Anträge gestellt, von denen bis Ende Januar 1995 483 überprüft worden waren. 70 Mitarbeiter schieden aus, 186 Anträge waren noch offen. Sogar noch weniger Anträge wurden in der Gruppe der nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiter bearbeitet. Hier waren von 631 eingereichten Anträgen erst 151 Bearbeitungen erfolgt. Daraufhin schieden 14 Mitarbeiter aus der UP aus.

Angesichts dieser Zahlen konnte die UP zwar auf eine gewisse Reduzierung des Personals verweisen. Doch überwogen die Kontinuitäten. Auch sagten diese Zahlen nichts über die Gründe der Entlassungen aus. Die Zahl der politischen Entlassungen als solche blieb im Dunkeln. Verschiedene Zeitzeugen weisen darauf hin, dass von der UP niemand entlassen wurde, dass fachlich und auch politisch negativ Evaluiertere vielmehr häufig auf andere Positionen in der Hochschule umgesetzt wurden. Dies führte in einige Bereichen der UP zu jenen „bemerkenswerten Kontinuitäten“ im Personal, wie sie bereits der Wissenschaftsrat im Jahre 1992 in anderem Zusammenhang kritisiert hatte, und wie sie an der UP zum Teil noch heute bestehen.

Im Jahr 1994 kann der energischere Ansatz der Universität und auch des Ministeriums u.a. als eine Reaktion auf die wachsende öffentliche Kritik erklärt werden, der die UP wegen ihrer Personalpolitik ausgesetzt war. Sie erreichte einen ersten Höhepunkt mit der Veröffentlichung eines von Mitgliedern des Deutschen Hochschulverbands und der Sektion Berlin/Brandenburg des Bundes Freiheit der Wissenschaft am 5.5.1993 verfassten „Diskussionspapier zu Problemen der UP“.<sup>63</sup> Grundsätzlich fehle es den SED Mitgliedern der Universität an „eigener Einsicht“ in ihr vergangenes Fehlverhalten. Sodann beobachtete man ein „hemmungsloses Machtstreben der alten SED-Genossen, Anbiederung an jeweils geeignet erscheinende unbelastete oder wenig belastete Kollegen aus West und Ost. Ausnutzung aller früher auf Grund der SED – Privilegien entstandenen Kontakte ...“<sup>64</sup>

---

<sup>62</sup> Ebd., S. 40.

<sup>63</sup> Diskussionspapier zu den Problemen der UP, zusammengestellt von Mitgliedern des Deutschen Hochschulverbands (DHV) in Zusammenarbeit mit dem Bund Freiheit der Wissenschaft, Sektion Berlin-Brandenburg, 5. 5.1993, S. 1 (Vorlass Fischer. UAFU).

<sup>64</sup> Ebd., S. 3.

In dieser Situation entsprachen die Evaluierungen in keiner Weise den Herausforderungen. Angesichts der unterschiedlichen Vorgehensweise der verschiedenen ostdeutschen Universitäten in dieser Frage sollte sogar die Anrufung einer „Bundesentscheidung“ erwogen werden.<sup>65</sup> Es folgte eine Liste mit 26 detaillierten Fragen zur Personalpolitik der Universität, zu den Missständen bei den Berufungsverfahren und Evaluierungen. Auch die Namen von 12 politisch besonders kompromitierten Hochschulangehörigen wurden aufgeführt.

Die HS Gruppe Potsdam des DHV nahm „mit Bedauern“ zur Kenntnis, dass die Probleme der UP „von einigen Einzelpersonen in einem anonymen „Diskussionspapier“ aufgelistet worden seien und „nicht mit hinreichender Aussicht auf sachgerechte Ergebnisse“ verfasst worden [waren].<sup>66</sup> Auch Rektor Mitzner hatte in seiner einige Tage später veröffentlichten „Stellungnahme zum sogenannten Diskussionspapier“<sup>67</sup> auf alle kritischen Bemerkungen eine beruhigende Antwort: Die Evaluierungen waren korrekt durchgeführt worden; Berufungen waren dem vorgeschriebenen Weg gefolgt etc. Die Frage etwaiger politischer Verstricktheit wurde übergangen: Diese Betroffenen waren ordnungsgemäß gewählt bzw. eingestellt worden.

Die pauschale Erklärung der Universitätsdenkschrift vom September 1993, „die Berufungskommissionen haben in keiner Phase der Berufungsverfahren es als ihre Aufgabe angesehen, politische Verstrickungen nachzuprüfen,“<sup>68</sup> wurde negativ kommentiert: „Mit welcher politisch-moralischen Verantwortung leben diese Leute?“<sup>69</sup>

Wie fragwürdig die politischen Evaluierungen zu diesem Zeitpunkt waren, zeigte sich beispielsweise auch darin, dass es zu Berufungen von politisch Belasteten, bzw. von ostdeutschen Professoren kam, die dem Regime sehr nahegestanden hatten, wie beispielsweise in der Informatik.<sup>70</sup> etc.

---

<sup>65</sup> Ebd., S. 4.

<sup>66</sup> Hochschulgruppe des DHV der UP, der Vorstand, Stellungnahme der Hochschulverbandsgruppe zum „Diskussionspapier zu Problemen der Universität Potsdam, 2.7.1993 (Material Schütte). Einer der Unterzeichner war Prorektor Loschelder sowie zwei weitere bekannte Professoren der UP und ein Dozent. Hingegen handelte es sich bei den Kritikern zwar um einen Eremiten, die anderen hingegen waren einfache Dozenten, bzw. ein ehemaliger Angestellter. Sie hatten gegen das Universitäts-„establishment“ keine Chance, gehört zu werden. Hinzu kam ihr ungeschicktes Vorgehen. So betonten sie erst später, dass die „Denkschrift“ nur als „Denkanstoß“ verstanden werden sollte. Siehe „Vorbemerkungen.“ In: „Quo Vadis Universität Potsdam“ (Vorlass Fischer, UAFU).

<sup>67</sup> UP, Der Gründungsrektor, „Stellungnahme zum sogenannten Diskussionspapier zu Problemen der UP, 6.7.1993 (Material Schütte).

<sup>68</sup> Denkschrift der UP, September 1993, S. 29 (Material Schütte).

<sup>69</sup> Handschriftlicher Kommentar auf dem Text „Quo Vadis?“. Vorlass Fischer (UAFU).

<sup>70</sup> Hier wurde Professor Budach berufen. „Er war Forschungsbereichsleiter der AdW, d.i. [die] Leitungsposition oberhalb der Zentralinstitute. Da er sich 1989 mit Nutzung seiner Westkontakte schnell aus d DDR absetzte,

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass den Kritikern der Universität insofern zuzustimmen ist, als in Potsdam eine große Anzahl dem vormaligen Regime eng verbundener Professoren und Mitarbeiter weiterbeschäftigt wurde. Dies betraf von der HRV Angehörige des politisch besonders belasteten IIB, die die Politische Wissenschaft der BLHS betrieben hatten und auch später in der Politikwissenschaft der Universität zu finden waren.<sup>71</sup> Es betraf auch die Sektion Marxismus – Leninismus der PH, dessen Leiter (und einige Dozenten), wie dargelegt, unter dem besonderen Schutz von Rektor Mitzner standen.

Politisch zum Teil stark Belastete blieben auch in weiteren Fachbereichen in ihren Posten. Dies galt für die Direktoren, bzw. Mitarbeiter u.a. der Anglistik, Professor Wicht,<sup>72</sup> Germanistik (Professor Rieck<sup>73</sup>), Musik, (Professor Beinroth), Psychologie (Professor Franz<sup>74</sup>), Sportwissenschaften (Professor Philipp<sup>75</sup>), Sprachenzentrum oder die Primärstufe Lehrerbildung, dem vormaligen IfL. In den als weniger ideologisch durchdrungen angesehenen Naturwissenschaften lagen die Dinge ähnlich, doch führte die dort bestehende Altersstruktur in den folgenden Jahren zu einer „natürlichen“ Lösung, mit Ausnahme der Informatik (Professor Wedel).<sup>76</sup>

Angesichts dieser Tatsachen überrascht es nicht, dass sich, wie erwähnt, die Presse der Potsdamer Situation annahm.<sup>77</sup> Erwartungsgemäß wies die Leitung der UP die Kritik als „Pauschalurteile“ zurück. Die „Artikel geben eine völlig verzerrte Darstellung.“<sup>78</sup> Immer wieder kam man auf die ersten Evaluierungen zurück, bei denen die Gutachter jedoch – wie

---

entging er jeglicher Personalüberprüfung. Insider schätzen ihn als ganz harten Vertreter d SED-Diktatur ein.“ Schütte – Schiedermaier, 7.1.1993. (Material Schütte).

<sup>71</sup> Wegen dieser Belastung war die Aufnahme des IIBs in die sich reformierende HRV lange umstritten. Studenten erinnerten sich an den „unglaublich stalinistischen Dogmatismus“ ihres Unterrichts am IIB. (FAZ Leserbrief, Dr. Werner Rosenthal, früherer Student am IIB, 3.12.1993: „Nun bilden sie Politologen aus.“) Dies betraf die Dozenten Crome und Kötter. Letzterer wurde nach seiner Promotion von der DDR zur UN nach NY als Beamter entsandt. Er befasste sich besonders mit Sicherheits- und Abrüstungsfragen. Bei solchen „unabhängigen“ Positionen kamen nur äußerst vertrauenswürdige und dem Sicherheitsapparat verpflichtete Parteigänger zum Einsatz. (FAZ Leserbrief, op.cit.). Angeblich GMS „Konrad“ 1979–1989. (Material Halt).

<sup>72</sup> Doch erscheint sein Name nicht mehr in den der Autorin vorliegenden Vorlesungsverzeichnisse für die Jahre 1993 und 1993/94. IMS „Werner Heinze“ 1967–1981 (BstU Archivnummer 2657/81. Material Halt).

<sup>73</sup> Mitglied der HS-Parteileitung.

<sup>74</sup> In der PH Vorsitzende der HS Gewerkschaft, Dekanin der Pädagogisch-Psychologischen Fakultät, Mitglied der zentralen Parteileitung, Sektionsdirektorin. In der UP: Stellvertretende Direktorin des FB Psychologie. Wissenschaftliche MA am Institut für Psychologie.

<sup>75</sup> In der DDR Sektionsdirektor. Verdienstmedaille der Nationalen Volksarmee in Silber. Ausgezeichnet wegen langjähriger SED Mitgliedschaft. (Material Schütte).

<sup>76</sup> Professor alten Rechts für Informatik an der Math/NatWiss Fakultät. Wegen langjähriger Zusammenarbeit mit Stasi (IM) am 11.8.1994 von UP und MWFK entlassen. (MAZ 13.8.1994).

<sup>77</sup> Siehe Fn. 42.

<sup>78</sup> Mitzner in MAZ, 3.12.1993.



gezeigt – von den eigenen Fachbereichen vorgeschlagen werden konnten. Sie stellten in den Augen der Kritiker den „Geburtsfehler des Reinigungsprozesses“ dar.<sup>79</sup>

Die Frage bleibt jedoch, wie die dargestellten Kontinuitäten einzuordnen sind. So blieben der Universität Klagen von Entlassenen vor den Arbeitsgerichten weitgehend erspart, wie sie an anderen ostdeutschen Universitäten, insbesondere der Humboldt Universität zu Berlin, stattfanden. Auch erzielte die UP hervorragende Ergebnisse bei den Evaluierungen der Lehre, was man der großen Zahl nur in der Lehre angestellten MBlers der PH/BLHS zu verdanken hatte. Anders sah es zunächst bei den Forschungsleistungen aus. In dem im Herbst 1993 in der Zeitschrift *Focus* veröffentlichten ersten Ranking nach der Gründung nahm die UP den letzten Platz von allen Universitäten ein, wobei die Fächer mit den größten Personalkontinuitäten zum Teil besonders schlecht abschnitten.<sup>80</sup>

Andererseits konnten Beobachter mit Recht darauf hinweisen, wie prächtig sich die UP in den letzten 25 Jahren trotz schwieriger Anfänge entwickelt hat.<sup>81</sup> Dem ist in der Tat zuzustimmen.<sup>82</sup> Doch verdankt die Einrichtung dies zu einem beträchtlichen Teil der phänomenalen Entwicklung der naturwissenschaftlichen Bereiche, u.a. der a-universitären Institute – was Rektor Mitzner als die „Rettung“ der Universität bezeichnet hat.<sup>83</sup> Auch trägt der berechtigte Stolz der Mit-Gründer der Universität wenig zur Aufhellung der Ursprünge der Einrichtung bei. Hier spielten personelle Kontinuitäten eine nicht unwichtige Rolle.<sup>84</sup>

Nach 25 Jahren scheint der Zeitpunkt gekommen, an dem die Universität beides im Blick behalten kann: die Kontroversen der Anfänge und die gute spätere Entwicklung. Doch wünscht man der Einrichtung einen offeneren Blick der ostdeutschen Zeitgenossen auf die Gründung und eine ehrlichere Einsicht in eigene Verfehlungen, besonders in der Behandlung derjenigen, die aus verschiedenen Gründen nicht in das ehemalige System passten und dies zum Teil bitter bezahlen mussten.

---

<sup>79</sup> Hahn in: FAZ 15.11.1993.

<sup>80</sup> Vgl. B. Marshall, Vereinigung, S. 190 passim.

<sup>81</sup> So die westdeutschen Professoren „der ersten Stunde“ auf dem genannten Symposium wie Schoeps (Geschichtswissenschaft) oder Jann (Politikwissenschaft).

<sup>82</sup> Für Einzelheiten siehe B. Marshall, Vereinigung, S. 185 passim.

<sup>83</sup> Interview 6.12.2012.

<sup>84</sup> Der Vorwurf des Historikers Jens Giesicke (Leiter der Abteilung Kommunismus und Gesellschaft im Zentrum für Zeithistorische Forschung!), die Autorin „schieße mit der Schrotflinte“, scheint daher besonders unangebracht. Der Kommentar von Minister Enderlein hingegen, die Autorin habe sich in ihre These „verbissen“ und werde damit der Komplexität der damaligen Wirklichkeit nicht gerecht, überrascht nicht, war der Minister doch mit der Personalpolitik des MWFK selbst für diese Komplexität mitverantwortlich. (Bericht in MAZ 2.12.2016, S.10).